

# Newsletter EU KOMP@KT 8-2020

Ausgabe vom 28. Mai 2020

## INHALT

Aktuelles	1/2
Wirtschaft/Finanzen/Regionalpolitik	2/3
Soziales/Chancengleichheit	3
Gesundheit und Sport	3-5
Umwelt/Naturschutz	5/6
Landwirtschaft/ländlicher Raum	6-8
Energie	8
Kultur	8
Bildung/Mehrsprachigkeit	8/9
Forschung/Wissenschaft/Technologie	9/10
Ausschreibungen	10
Impressum	10

## Neuer Vorschlag zum Mehrjähriger Finanzrahmen und Recovery Fund

(CH) EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat am 27. Mai 2020 ihre [Vorschläge](#) zur Bewältigung der durch die Corona-Pandemie ausgelösten sozio-ökonomischen Krise vorgestellt. Sie erfüllte damit einen Auftrag der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 23. April 2020, eine überarbeitete Fassung des seit 2018 verhandelten Vorschlags des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für die Jahre 2021-2027 vorzulegen. Zusätzlich sollte dieser mit einem neu einzurichtenden sog. Recovery Fund verknüpft werden.

Von der Leyen, die ihren Vorschlag zuerst dem Europäischen Parlament präsentierte, rückte in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen die außerordentlichen Herausforderungen, vor denen die EU durch die Corona-Pandemie stehe, die ebenfalls außerordentlicher Kraftanstrengungen bedürften. Kein Land könne diese Krise alleine bewältigen; eine strachelnde Wirtschaft schwäche die Wirtschaft in allen Mitgliedstaaten, alte Vorurteile müssten beiseite geräumt werden. Die EU brauche einen neuen, gemeinsamen Start und Europa sei in der Lage, dies auf den Weg zu bringen. Aus diesem Grund schlägt sie einen „Next Generation EU“ Plan vor, der 750 Mrd. Euro umfassen soll und in das EU-Budget eingebettet ist. Zur Finanzierung soll eine zeitlich begrenzte Anhebung des Eigenmittelrahmens auf 2 % des BNE erfolgen (derzeit 1,2 %), und der KOM damit erlaubt sein, Kredite zu günstigen Konditionen auf den Finanzmärkten aufnehmen. Die Mittelvergabe soll über die EU-Programme erfolgen. Bei der Vergabe dieser Mittel sollen 500 Mrd. Euro als Zuschüsse, die verbleibenden 250 Mrd. als Kredite an die Mitgliedstaaten vergeben werden.

Zugleich soll der MFR für die Jahre 2021-2027 auf ein Volumen von 1.100 Mrd. Euro angehoben werden und neue Eigenmittelquellen durch eine Reihe von EU-Steuern (Emissionshandel, CO2-Grenzsteuer, Plastiksteuer etc.) erschlossen werden. MFR und Next Generation EU kämen zusammen auf insgesamt 1.185 Mrd. Euro; daneben stehen die bereits vom Europäischen Rat am 23. April 2020 beschlossenen Finanzhilfen in Höhe von 540 Mrd. Euro an Krediten zur Verfügung. Die Vorschläge werden nun im Detail von den Mitgliedstaaten geprüft mit dem Ziel, möglichst zügig zu einer Einigung zu kommen. Weitere [Dokumente](#) in englischer Sprache.



## AKTUELLES



## Web-Konferenz „Digitalisierung und Kulturerbe in Thüringen und Europa“

(AZ) Die Thüringer Landesvertretung bei der EU in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena laden interessierte Akteure aus Wissenschaft, Kultur, Kreativwirtschaft, Tourismus, Museen und Archiven zur Web-Konferenz "Digitalisierung und Kulturerbe in Thüringen und Europa" am 22. Juni 2020, 14:00 - 15:30 ein. Kultur- und Europaminister Prof. Benjamin-Immanuel Hoff sowie Dr. Christian Ehler, Mitglied des Europäischen Parlaments, werden ein Grußwort an die Teilnehmer richten.

Die Veranstaltung hat zum Ziel, europäische Initiativen und Förderprogramme in den Blick zu nehmen und ganz konkret mit regionalen Aktivitäten zu verknüpfen. Wir möchten regionale Akteure motivieren, sich gegenseitig zu vernetzen und auch europäisch aktiv zu werden: Förderprogramme zu nutzen, Erfahrungsaustausch anzustoßen und von den verschiedenen Tools, Methoden und dem europäisch kollektiven Knowhow zu profitieren.

Im ersten Teil wird die [Time Machine](#) vorgestellt, eine europäische Forschungsinitiative mit lokalen Bezügen, auch in Thüringen! Die Teilnehmer bekommen darüber hinaus Einblicke in die Landesinitiative zum digitalen Kulturerbe sowie konkrete Beispiele aus der Wirtschaft zur Nutzung und Anwendung von Kulturerbedaten.

Im zweiten Teil steht die europäische Ebene im Fokus. Von Seiten der Europäischen Kommission werden Sprecher aus verschiedenen Generaldirektionen die zukünftigen Initiativen und Förderprogramme auf EU-Ebene skizzieren. Das Programm finden Sie [hier](#).

Die Veranstaltung wird online über das Konferenzprogramm Webex durchgeführt. Webex erfordert keine zusätzliche Installation von Software oder eine Registrierung, sondern kann einfach über einen Webbrowser erfolgen. Die TeilnehmerInnen erhalten die Zugangsdaten zum Meeting per E-Mail. Die Anmeldung kann bis zum 18. Juni 2020 unter diesem [Link](#) erfolgen.

## WIRTSCHAFT, FINANZEN, REGIONALPOLITIK

### Wie Tourismus wiederbelebt werden soll

(MM) Die EU-Kommission hat am 13. Mai 2020 [Orientierungshilfen](#) für die sichere Wiederaufnahme von Reisen und die Wiederankurbelung des europäischen Tourismus im Jahr 2020 und darüber hinaus beschlossen. Dieses Tourismus- und Verkehrspaket besteht aus einer [Gesamtstrategie](#) für den Aufschwung im Jahr 2020 und darüber hinaus, einem [gemeinsamen Konzept](#) für ein schrittweises und koordiniertes Vorgehen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit und zur Aufhebung der Beschränkungen an den EU-Binnengrenzen, einem [Rahmen](#) zur Unterstützung der schrittweisen Wiederherstellung der Verkehrsdienste unter Gewährleistung der Sicherheit von Passagieren und Personal, einer [Empfehlung](#), die darauf abzielt, Reisegutscheine für Verbraucher zu einer attraktiven Alternative zur Barerstattung zu machen sowie [Kriterien](#) für die sichere und schrittweise Wiederaufnahme touristischer Aktivitäten und für die Ausarbeitung von Gesundheitsprotokollen für Beherbergungsbetriebe wie etwa Hotels.

Mit dem Paket möchte die Kommission ein einheitliches Vorgehen der Mitgliedstaaten ermöglichen, um grenzüberschreitendes Reisen innerhalb der EU wieder zu gestatten und das Wiederanfahren der Tourismusbranche zu fördern. Dazu hat sie epidemiologische Kriterien sowie Abwägungskriterien aufgestellt, mit denen sicheres Reisen in und zwischen Regionen mit ähnlicher epidemiologischer Lage sichergestellt wäre. Wenn Mitgliedstaaten für einzelne Regionen Lockerungen beschließen, sollte dies allen EU-BürgerInnen zu Gute kommen, vorausgesetzt, die epidemiologische Lage in ihren jeweiligen Herkunftsregion ist ähnlich.

Für das Reisen selbst enthalten die Leitlinien konkrete Empfehlungen für Sicherheitsvorkehrungen innerhalb der Verkehrsmittel, wie etwa Abstandsregelungen, Maskenpflicht, etc. An den Destinationen soll es einheitliche Regelungen für die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe geben. Darüber hinaus gibt es Empfehlungen zur Kontaktnachverfolgung, u. a. zur Interoperabilität von Tracing-Apps.

Falls Reisen nicht angetreten werden können, empfiehlt die KOM freiwillige Gutscheinregelungen, wobei sie einmal mehr deutlich macht, dass die Verbraucherschutzrechte in der EU unangetastet bleiben. Das heißt, die Vergabe von Gutscheinen müsste in ihrer Ausgestaltung für die Kunden attraktiver sein als lediglich eine Rückerstattung des Reisepreises.

## SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

### Recovery Plan und Demografie

(WB) Für die Mitgliedstaaten sollten nach der Pandemie die Unterstützung der Arbeitnehmer und ihres Einkommens sowie Sozialschutzmaßnahmen Vorrang haben. Darauf [einigten](#) sich am 5. Mai 2020 EU-Kommissionsvizepräsidentin Šuica und Sozialkommissar [Schmit](#) mit den EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales und den EU-Sozialpartnern, den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften. Šuica und Schmit stellten bei der Videokonferenz die bisherigen Maßnahmen der Kommission vor, der europäischen Wirtschaft wieder zu einem normalen Funktionieren und zu einem nachhaltigen Wachstum zu verhelfen und gaben einen Ausblick auf geplante Initiativen. Šuica kündigte einen Bericht der Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels an. Der Bericht ebnete den Weg für ein Grünbuch über das Altern.

### Länderspezifische Empfehlungen

(WB) Die EU-Kommission (KOM) hat am 20. Mai 2020 im Rahmen des Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten [veröffentlicht](#). Deutschland habe lt. KOM durch Zahlung von Kurzarbeitergeld und das Schnüren seines Sozialschutzpakets adäquat auf die Folgen von Covid-19 im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik reagiert. [Deutschland](#) schneide laut sozialpolitischem Scoreboard bei der europäischen Säule sozialer Rechte gut ab. Dennoch könnten Lücken in der sozialen Sicherung, wenn sie nicht geschlossen würden, das Einkommen vulnerabler Gruppen in der gegenwärtigen Krise verringern. Die KOM empfiehlt, die Haushaltsmittel für allgemeine und die berufliche Bildung, auch für Umschulungen und Weiterqualifizierungen, aufzustocken. Dies habe sich bereits vor der Pandemie gezeigt. Mit Blick auf die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit sollte für angemessenen Gesundheitsschutz und angemessene Sicherheit am Arbeitsplatz gesorgt werden. Hinsichtlich der Strukturfonds und deren Rolle bei der Bekämpfung der

Pandemiefolgen verweist die KOM auf die beschlossenen Änderungen, die auch Deutschland beim Einsatz der Mittel größere Flexibilität sowie einfachere und straffere Verfahren ermögliche.

### Coronakrise: Rolle der Migranten

(WB) EU-Innenkommissarin Johansson will sich enger mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Zivilgesellschaft über die Rolle von Migranten bei der wirtschaftlichen Erholung von der Coronavirus-Pandemie austauschen. Dazu fand am 5. Mai 2020 ein [erstes Treffen](#) statt; in den kommenden Wochen soll die Zusammenarbeit weiter verstärkt werden. „Es ist wichtig, dass wir die Bedürfnisse des europäischen Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt mit den Fähigkeiten und Talenten aus dem Ausland zusammenbringen und eine erfolgreiche Integrationspolitik fördern. Dies wird auch ein Hauptziel des neuen Paktes für Migration und Asyl sein“, so Johansson. Viele Helfer im Gesundheits- und Pflegebereich, Mitarbeiter von Supermärkten und in der Landwirtschaft seien außerhalb der EU geboren.

### Verstärkter Rassismus gegen Chinesen

(WB) Die EU-Grundrechteagentur (FRA) [berichtete](#) in ihrem ersten Bulletin zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Grundrechte von einer Zunahme von rassistischen Vorfällen gegen Menschen chinesischer oder asiatischer Herkunft oder Menschen; die dafür gehalten werden. Sie stützt sich dabei auf Medienberichte, auch aus Deutschland, aus dem ersten Quartal dieses Jahres. Bislang gebe es jedoch nur sehr wenige offizielle Daten über die Verbreitung dieser Vorfälle. Die Untersuchungen der FRA zu Minderheiten mit Diskriminierungserfahrungen zeigten, dass die Opfer derartige Vorgänge nur selten den zuständigen Behörden meldeten. Die in den Medien aufgegriffenen Fälle seien daher wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Asiaten wehrten sich in sozialen Medien dagegen, für Viren gehalten zu werden.

## GESUNDHEIT UND SPORT

### Corona: 7,4 Mrd. Euro für Impfstoffe

(WB) Am 4. Mai 2020 hat die EU-Kommission im Rahmen der Geberveranstaltung der globalen Coronavirus-Krisenreaktion Zusagen in Höhe von 7,4 Mrd. Euro aus der ganzen Welt [verzeichnet](#). Dazu zählt auch eine Zusage der Kommission selbst über 1,4 Mrd. Euro. Die Summe erreicht fast das ursprüngliche Ziel von 7,5 Mrd. Euro. Ziel ist es, umfangreiche Mittel für die gemeinsame Entwicklung und den universellen Einsatz von Diag-

nostika, Behandlungen und Impfstoffen gegen COVID-19 zu beschaffen. Die Geberveranstaltung wurde von der EU, Deutschland, Frankreich, Italien (das den G20-Vorsitz übernehmen wird), Japan, Kanada, dem Königreich Saudi-Arabien (das derzeit den G20-Vorsitz innehat), Norwegen, Spanien und Großbritannien einberufen. Auf dem Globalen Impfgipfel der Impfstoffallianz GAVI am 4. Juni werden zusätzliche Mittel mobilisiert.

## COVID-19-Überwachung in Langzeitpflegeeinrichtungen

(WB) Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ([ECDC](#)) hat am 19. Mai 2020 [Leitlinien](#) für die Mitgliedstaaten des EWR zur COVID-19-Überwachung in Langzeitpflegeeinrichtungen veröffentlicht. Vorausgegangen war ein Austausch zwischen den EU-Kommissionsmitgliedern Šuica, Kyriakides, Schmit und Dalli und Vertretern von Sozialeinrichtungen. Von COVID-19 seien Personen im Alter ab 65 Jahren, insbesondere solche mit Vorerkrankungen, sowie Menschen mit Behinderungen überproportional betroffen. In vielen EU-Mitgliedstaaten machten die COVID-19-bezogenen Todesfälle in Langzeitpflegeeinrichtungen 30 bis 60 % aller COVID-bezogenen Todesfälle aus.

## Remdesivir bei schwer kranken Patienten

(WB) Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) [empfiehlt](#) den Einsatz von Remdesivir vor Zulassung des Medikaments bei Patienten, die die zusätzlichen Sauerstoff, nicht-invasive Beatmung, hochfließende Sauerstoffgeräte oder ECMO (extrakorporale Membransauerstoffversorgung) benötigen. Die aktualisierten Empfehlungen basieren auf vorläufigen Ergebnissen der NIAID-ACTT-Studie, die auf eine positive Wirkung von Remdesivir bei der Behandlung von Patienten mit schwerem COVID-19 hindeuten. Die EMA wertet diese Daten derzeit im Rahmen der laufenden Überprüfung von Remdesivir aus.

## Leitfaden zur Anerkennung

(WB) Die EU-Kommission hat am 7. Mai 2020 einen Leitfaden [veröffentlicht](#), der die Anwendung der Richtlinie über Berufsqualifikationen in Bezug auf Gesundheitspersonal erleichtern soll. Im Einzelnen wird in dem Leitfaden dargelegt, wie die Mitgliedstaaten die Verfahren zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Einklang mit der von der Richtlinie gebotenen Flexibilität beschleunigen können. Darüber hinaus wird klargestellt, wie die Mitgliedstaaten sicherstellen können, dass die Bestimmungen der Richtlinie über Mindestanforderungen an die Ausbildung von Ärzten und Krankenschwestern und Krankenpflegern in Fällen eingehalten werden können, in denen Studierende aufgrund von Unterbrechungen

aufgrund der Coronavirus-Krise nicht in der Lage sind, ihre Ausbildung abzuschließen.

## Piot wird Sonderberater der EU-Kommission

(WB) Der belgische Virologe [Peter Piot](#), einer der Entdecker des Ebola-Virus, ehemaliger Untergeneralsekretär der UNO und langjähriger Leiter des AIDS-Programms der UN, [unterstützt die EU-Kommission](#) bei der Reaktion der EU auf das Coronavirus. „Die unschätzbare Erfahrung von Professor Piot wird unsere Maßnahmen voranbringen, um die Entwicklung und den Einsatz von Impfstoffen, Diagnostika und Therapien zur Bekämpfung des Coronavirus zu beschleunigen – und eine Strategie zu entwickeln, die uns auf künftige Epidemien vorbereitet“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Peter Piot ist derzeit Direktor der London School of Hygiene & Tropical Medicine. Piot ist zudem Mitglied des wissenschaftlichen Beratungsgremiums, das der Kommission Empfehlungen zur Reaktion auf die Pandemie gibt.

## Länderspezifische Empfehlungen

(WB) Die EU-Kommission (KOM) hat am 20. Mai 2020 im Rahmen des Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten [veröffentlicht](#). Deutschland sei bei der Covid-19-Pandemie das deutsche Gesundheitssystem mit universellem Krankenversicherungsschutz und Zugang zu Gesundheitsversorgung hoher Qualität zu Gute gekommen. Test- und Intensivpflege-Kapazitäten konnten rasch ausgeweitet werden. Ungeachtet dessen müsse die Resilienz des Gesundheitssystems kontinuierlich gestärkt und eine langfristige Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen sichergestellt werden. Hier werden vor allem der Mangel an Pflegepersonal und die geringe Attraktivität des Pflegeberufs hervorgehoben. Die KOM empfiehlt u. a. den verstärkten Ausbau der digitalen Infrastruktur im Gesundheitsbereich.

## Mobil-Apps

(WB) Die MinisterInnen für Telekommunikation [erörtern](#) am 5. Mai 2020 das Thema der Nutzung von Mobil-Apps und der Daten von mobilen Geräten bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie. Sie anerkannten die [Bedeutung](#) dieser Apps bei der schrittweisen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen und sprachen sich für einen koordinierten Ansatz auf EU-Ebene aus. Die Apps sollten interoperabel sein und grenzüberschreitend eingesetzt werden können. Die Vertreter der EU-Kommission hoben hervor, dass die digitale Technik eine Schlüsselrolle in der Erhaltung sozialer Kontakte der gesamten Gesellschaft sowie bei der Arbeit und Ausbildung spielt. Die Digitalbranche habe eine Schlüsselfunktion in der Bekämpfung

der Pandemie und werde diese auch in der Zeit nach der Pandemie haben.

## KOM vergibt 1,5 Millionen Schutzmasken

(WB) Die EU-Kommission stellt eine [Lieferung](#) von 1,5 Millionen Schutzmasken an 17 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich zur Verfügung, die das Gesundheitspersonal vor dem Coronavirus schützen sollen. Diese jüngste Lieferung von Schutzmasken ist Teil eines von der Kommission finanzierten Kaufs von 10 Millionen Masken im Rahmen des Soforthilfeinstruments, mit dem die Mitgliedstaaten direkt bei der Abfederung der unmittelbaren akuten Folgen der Pandemie unterstützt und der Bedarf im Zusammenhang mit der Exit- und Aufbaustrategie antizipiert werden sollen. Mitgliedstaaten und Regionen, die Bedarf haben, erhalten die Masken in wöchentlichen Tranchen von 1,5 Millionen über die nächsten sechs Wochen. Dies teilte die Kommission am 8. Mai 2020 mit.

## Beatmungsgeräte und Schutzmasken

(WB) Die EU-Kommission teilte am 20. Mai 2020 mit, dass [weitere Länder](#) über den EU-Katastrophenschutzmechanismus medizinische Schutzausrüstung erhalten haben. So hat Dänemark Italien medizinische Beatmungsgeräte angeboten. Litauen erhält FFP2-Masken aus der RescEU-Reserve für medizinische Ausrüstung. Diese wird vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert. Die EU finanziert zudem die Lieferung von Desinfektionsmitteln, Decken und Bettwäsche nach Nordmazedonien, Montenegro und Georgien, die von Estland über den Katastrophenschutzmechanismus gespendet wurden. Die Slowakei fügte ihrem Angebot an die Ukraine im Rahmen des Mechanismus auch Krankenwagen hinzu.

## Humanitäre Luftbrücke Afrika

(WB) Die EU-Kommission hat [eine humanitäre Luftbrücke](#) der EU eingerichtet, um humanitäre Helfer und Soforthilfe zur Bekämpfung des Coronavirus in einige der kritischsten Gebiete weltweit zu transportieren. EU-Kommissar für Krisenmanagement Lenarčič reiste am 8. Mai 2020 mit dem ersten Flug nach Bangui (Zentralafrikanischen Republik). Der Flug, der in Zusammenarbeit mit Frankreich durchgeführt wird, beförderte etwa 60 humanitäre Helfer verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NRO) und 13 Tonnen humanitäre Hilfsgüter. Zwei weitere humanitäre Frachtflüge werden in den kommenden Tagen folgen, um insgesamt weitere 27 Tonnen humanitäre Hilfsgüter zu befördern. Auf ihrem Rückflug werden über diese Luftbrücke außerdem EU-Bürger und andere Fluggäste aus der Zentralafrikanischen Republik zurückbefördert.

## UMWELT UND NATURSCHUTZ

### Ambitionierte Biodiversitätsstrategie der EU für 2030

(AZe) Zeitgleich zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ [stellte](#) die Europäische Kommission am 20. Mai 2020 auch ihre Biodiversitätsstrategie ([Mitteilung COM\(2020\)380 final](#)) für 2030 vor, die auf die globalen Krisen des Biodiversitätsverlustes und des Klimawandels reagieren und die EU widerstandsfähiger gegenüber Gesundheitskrisen im Zusammenhang mit der Zerstörung der Natur machen soll. Die Strategie sieht Maßnahmen und Verpflichtungen vor, mit denen sie die Hauptursachen des Verlustes der biologischen Vielfalt adressiert – wie die nicht nachhaltige Land- und Meeresnutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umweltverschmutzung und die Invasion gebietsfremder Arten. Zudem wird sie ein zentrales Element des wirtschaftlichen Wiederaufbauplans für die Zeit nach COVID-19 sein. Als verbindliches EU-Ziel für 2030 schlägt die Kommission vor, mind. 30 % der Meeres- und Landgebiete zu schützen und wiederherzustellen, indem mind. ein Drittel des EU-weiten Schutzgebietsnetzes – einschließlich der Primär-



wälder – streng geschützt und wirksam verwaltet wird (was ca. 10 % des terrestrischen und maritimen EU-Gebiets ausmacht). Laut Kommissar Timmermans könne die Umsetzung des paneuropäischen Natur-

schutznetzes Natura 2000 etwa 1 Million Arbeitsplätze und einen geschätzten jährlichen Nutzen von ca. 200-300 Mrd. Euro durch die Bereitstellung von wichtigen Ökosystemdienstleistungen (die bisher kaum monetär bemessen werden) schaffen. Hierzu erstellt die Kommission eine umfassende Folgenabschätzung, auf die 2021 eine entsprechende Gesetzgebung zur Realisierung dieses Schutz- und Wiederherstellungsziels – einschließlich einer harmonisierten Methodik mit Kriterien für einen „guten Zustand“ der Biodiversität – folgen wird. Daneben sind einige unverbindliche Maßnahmen vorgesehen wie das Pflanzen von 3 Milliarden Bäumen, der Ausbau des Ökolandbaus und die Reduktion des Pestizid- und Düngemittelsatzes (vgl. Sie dazu den Artikel zur Farm-to-Fork-Strategie) vorgesehen. Um die Verschmutzung durch die Landwirtschaft zu beseitigen, wird im Jahr 2021 ein „Null-Schadstoff-Aktionsplan“ für Luft, Wasser und Boden folgen. Trotz des eingeräumten Scheiterns der aktuellen Biodiversitätsstrategie für 2020 ([Mitteilung COM\(2011\)244 final](#)), das auf die mangelnde Verbindlichkeit und Messbarkeit von Zielen

zurückgeführt wird, ist Umweltkommissar [Sinkevičius](#) im Hinblick auf die Erfolgsaussichten der neuen Strategie optimistisch; schließlich befindet sich Europa in einem neuen politischen Kontext mit COVID-19, in dem die Bereitschaft zur Umsetzung des Grünen Deals mit dem Zeitfenster bis 2050 höher sei als vor 10 Jahren. Seitens des Parlaments und der Umweltorganisationen fiel die Resonanz gemischt aus: Zwar werden die neuen Verpflichtungen, die auf jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, begrüßt, doch erhofften sich einige ambitioniertere Schritte in Bezug auf die Marktzulassung bienentötender Pestizide und die Kennzeichnung entwaldungsfreier Lieferketten, während sich andere über die zusätzliche Belastung der Landwirte in der Krisenzeit besorgt zeigten.

## LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHER RAUM

### Farm-to-Fork-Strategie: Lebensmittelherzeugung neu ausrichten

(AZe) Am 20. Mai 2020 [präsentierte](#) die Europäische Kommission ihre lang erwartete Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (engl. farm to fork) für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem. Die Mitteilung [COM\(2020\) 381 final](#) adressiert prinzipiell alle Akteure entlang der Lebensmittelkette, wobei der Agrar- und Fischereisektor im Vordergrund steht. So sollen der Einsatz und das Risiko von chemischen Pestiziden und die Nährstoffverluste (bei gleichbleibender Bodenfruchtbarkeit) bis 2030 halbiert werden, was auch eine Verringerung des Düngemitelesinsatzes um mind. 20 % bedeutet. Hierzu werden Legislativmaßnahmen und ein Plan für ein integriertes Nährstoffmanagement angekündigt, der u.a. Präzisionsdüngungsverfahren, nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden und die Rückführung organischer Abfälle umfassen wird. Darüber hinaus sollen bis 2030 mind. 25 % der (heutigen 8 % der) Flächen ökologisch bewirtschaftet und auch die ökologische Aquakultur ausgebaut werden. Anreize hierfür will die Kommission mithilfe eines Aktionsplans schaffen. Weitere Neuerungen sind für die Agrarkrisenreserve, die Tierschutzvorschriften (insb. für Tiertransporte) und für den Breitbandausbau in ländlichen Gebieten geplant (zur Förderung digitaler Innovationen in der Landwirtschaft). Das Hauptinstrument zur Umsetzung der Zielstellungen des [Europäischen Grünen Deals](#) und der darin vertreteten Strategien wird hingegen die [Gemeinsame Agrarpolitik](#) (GAP) und die [Gemeinsame Fischereipolitik](#) (GFP) sein. Insbesondere im Genehmigungsprozess der nationalen Strategiepläne wird die Kommission prüfen, inwieweit die Mitgliedstaaten die 9 spezifischen Ziele der GAP verfolgen und ihre länderspezifische Umsetzung der GAP mit den

neuen umwelt- und klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Auf Seiten des Lebensmittelhandels und der Verbraucher sollen bis 2030 die derzeitigen Lebensmittelverzehrsmuster (v.a. der Konsum von Fleisch, Salz, Fett und Zucker), welche die in den Industriestaaten weit verbreiteten Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen begünstigen, auf gesunde und nachhaltige Weise verändert und die Pro-Kopf-Lebensmittelabfälle im Einzelhandel und Konsum halbiert werden. Zu diesem Zweck werden innerhalb der nächsten 2-3 Jahre eine harmonisierte obligatorische Nährwertkennzeichnung und verbindliche Ziele zur Reduktion von Lebensmittelabfällen eingeführt. Daneben will die Kommission prüfen, ob freiwillige Umweltangaben in der Lebensmittelkennzeichnung harmonisiert und weitere nährwertbezogene, ökologische oder soziale Aspekte (z.B. der ökologische Fußabdruck von Produkten) einbezogen werden könnten. Dadurch sollen die Verbraucher in die Lage versetzt werden, gesunde und nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Die EVP-Fraktion bedauerte, dass die Kommission derartige tiefgreifende Veränderungen in der Lebensmittelproduktion inmitten der COVID-19-Pandemie anstößt und forderte eine umfassende Folgenabschätzung. Gesundheitskommissarin [Kyriakides](#) hält den Zeitpunkt der Veröffentlichung hingegen für genau richtig, um sich für die Zukunft vorzubereiten.



### Patentverbot für Zuchtpflanzen und -tiere

(AZe) Das Europäische Patentamt (EPO) gab am 14. Mai 2020 in einer [Pressemitteilung](#) bekannt, dass Pflanzensorten und Tierrassen, die durch konventionelle („im Wesentlichen biologische“) Zuchtverfahren gewonnen werden, nicht patentiert werden können. Dies ist das Ergebnis einer Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer, dem höchsten Rechtsorgan des EPO, die – nach langjährigen Bemühungen des Europaparlaments ge-

gen einen Patentschutz von Leben aus biologischen Prozessen (siehe auch EU-Kompakt Ausgabe 12-2019) – schließlich eine dynamische Auslegung des Europäischen Patentübereinkommens (EPC) angenommen hat. Die neue Auslegung des Anwendungsbereichs der Ausnahme nach [Art. 53 \(b\)](#) sieht nunmehr vor, dass sich die Nichtpatentierbarkeit von Pflanzenmaterial oder Tiere auch auf pflanzliche oder tierische Erzeugnisse erstreckt, wenn sie ausschließlich durch ein im Wesentlichen biologisches Verfahren gewonnen werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit sind Patentanmeldungen, die vor dem 1. Juli 2017 eingereicht worden sind, von dieser Entscheidung ausgenommen. Damit können Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere in Europa fortan vollständig verboten werden, was die Innovationsfähigkeit des Pflanzenzuchtsektors und der Agrarforschung fördert und die Stellung von Landwirten auf dem zunehmend konzentrierten Markt für Pflanzensaatgut stärkt.

## Green Deal in GAP-Reform integrieren

(AZe) Die Europäische Kommission [veröffentlichte](#) am 20. Mai 2020 ein Arbeitsdokument ([SWD/2020/93 final](#)), in dem erstmals die Verbindungen zwischen dem Europäischen Grünen Deal ([COM/2019/640 final](#)) und der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) untersucht werden. In der Analyse, die auf Ersuchen des Europaparlaments (EP) erstellt wurde, wird der Beitrag des GAP-Reformvorschlags zu den im Grünen Deal festgelegten Verpflichtungen zum Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität betrachtet. Zudem werden Schritte aufgezeigt, wie die künftige GAP mit der Farm-to-Fork- und der Biodiversitätsstrategie vollständig kompatibel sein kann. Demnach müssen die Mitgliedstaaten (MS) bei der Erstellung ihrer nationalen GAP-Strategiepläne nicht nur auf die lokalen Bedingungen und Bedürfnisse eingehen, sondern auch ihre Beiträge zu den neun spezifischen GAP-Zielen und zu den neuen ehrgeizigen Umwelt- und Klimazielen darlegen. Die Kommission wird jeden GAP-Strategieplan vor der Umsetzung genehmigen und die Fortschritte in der Umsetzung überwachen. Die Reformvorschläge enthalten Instrumente zur weiteren Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken, die für die Erreichung der Ambitionen des Green Deal entscheidend sind: Dazu gehören *eco schemes* und eine verstärkte Konditionalität für flächen- und tierbezogene Zahlungen in der 1. Säule, aber auch die Zweckbindung für umwelt- und klimapolitische Ziele (30 %) in der 2. Säule. Die Kommission erwägt jedoch, den MS aufzuerlegen, einen bestimmten Prozentsatz des Direktzahlungsbudgets für *eco schemes* auszugeben („Ring-Fencing“), damit dieses Instrument voll ausgeschöpft wird. Daneben werden die MS verpflichtet, ihre Maßnahmen in der Lebensmittelkette und im Tierschutz im

Hinblick auf die neuen Zielstellungen (Nachhaltigkeit, Sicherheit, Widerstandsfähigkeit, Zirkularität) zu prüfen und vorzuschlagen, wie die verschiedenen GAP-Instrumente zur Bewältigung der Herausforderungen eingesetzt werden können. Um die Implementierung des Grünen Deals in der GAP effektiver zu gestalten, beabsichtigt die Kommission, den Vorbereitungs- und Genehmigungsprozess der nationalen Strategiepläne transparenter und im Dialog mit den MS zu gestalten. Dafür müssen die Schlüsselemente der Verordnungsvorschläge aus dem Jahr 2018 jedoch beibehalten bleiben und nur bestimmte Verbesserungen und praktische Initiativen entwickelt werden, wie der [neue Generaldirektor](#) der DG AGRI in der [Sitzung](#) des AGRI-Ausschusses vom 26. Mai 2020 bestätigte. Mithilfe einer ambitionierten grünen Architektur könne die GAP-Reform tatsächlich das Potenzial entfalten, den Grünen Deal voranzutreiben.

## COVID-19-Sonderunterstützung aus ELER

(AZe) Am 20. Mai 2020 [diskutierte](#) der AGRI-Ausschuss des Europaparlaments den Entwurf für eine COVID-19-bedingte Sonderunterstützung im Rahmen des ELER [COM\(2020\) 186 final](#), der am 30. April 2020 von der EU-Kommission vorgelegt worden war. Der Verordnungsvorschlag sieht vor, dass Landwirte und in der Verarbeitung, Vermarktung und/oder Entwicklung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätige KMUs, die von der COVID-19-Krise besonders stark betroffen sind, eine einmalige und (bis zum 31. Dezember 2020) befristete Pauschalzahlung in Höhe von max. 5.000 Euro (pro Landwirt) bzw. max. 50.000 Euro (pro KMU) erhalten können, die ihnen schnell Liquidität verschaffen soll (ohne rechnungsbasierten Verwendungsnachweis). Die Mitgliedstaaten (MS) erhalten zudem Flexibilität bei der Umsetzung der Maßnahme in ihren Programmen, wobei diese Förderung auf max. 1 % der Gesamtbeteiligung des ELER am Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums begrenzt ist. Obwohl die Sonderunterstützung im Ausschuss mehrheitlich begrüßt wird, halten die meisten Abgeordneten sie für nicht ausreichend. So könne die Maßnahme in zahlreichen MS gar nicht wirksam werden, da diese ihre Mittel aus der 2. Säule bereits nahezu ausgeschöpft haben. Ferner forderten viele Ausschussmitglieder eine höhere Obergrenze (2-4 % statt 1 %), eine längere Anwendungsfrist sowie zusätzliche Mittel zur Unterstützung des Agrarsektors, beispielsweise durch Nutzung der Krisenreserve. Die EU-Kommission hält hingegen den unbürokratischen und zeitlich sehr begrenzten Charakter der Maßnahme für geeignet und machte geltend, dass weitere Ressourcen aufgrund der gegenwärtigen Haushaltsslage und der Unsicherheit bezüglich des künftigen MFR nicht mobilisiert werden können. Insgesamt sprach

sich der AGRI-Ausschuss für ein Dringlichkeitsverfahren zur Genehmigung der ELER-Soforthilfe aus.

## EP gegen Monsanto-Sojabohne

(AZe) Am 13. Mai 2020 sprach sich das Europäische Parlament (EP) auf seiner Plenarsitzung gegen die Zulassung der genetisch modifizierten Sojabohne MON 87708 × MON 89788 × A5547-127 in der EU aus Gründen der öffentlichen Gesundheit und nachhaltigen Entwicklung aus. Der [Einspruch](#) wurde mit großer Mehrheit (477 Ja-Stimmen, 181 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen) angenommen und bezieht sich sowohl auf den genetisch veränderten Organismus (GMO) selbst als auch auf daraus hergestellte Produkte. Die Sojabohne wurde genetisch verändert, damit sie gegenüber Herbiziden tolerant ist, die Dicamba, Glyphosat und das als fortpflanzungsgefährdend eingestufte Glufosinat(-Ammonium) enthalten. Die Abgeordneten forderten eine Rücknahme des von der EU-Kommission vorgelegten [Entwurfs für eine Durchführungsentscheidung](#) und beanstandeten Mängel in der [Risikobewertung](#) der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), auf die sich die Kommission stützt. Allerdings ist der Einspruch des EP rechtlich nicht bindend, sodass die Kommission mit der Zulassung des GMO fortfahren kann.



## ENERGIE

### KOM-Studie zur Energiespeicherung

(AZe) Mitte Mai 2020 veröffentlichte die EU-Kommission (KOM) eine [Studie zur Energiespeicherung](#) als Beitrag zur Sicherheit der Elektrizitätsversorgung in Europa, die innovativen Energiespeicherlösungen eine Schlüsselrolle bei der Integration erneuerbarer Energiequellen in das EU-Stromnetz und damit beim Übergang zu einem dekarbonisierten europäischen Energiesystem bis 2050 zuweist. Als problematisch für die Entwicklung von Energiespeichertechnologien erweisen sich verschiedene politische Barrieren in der EU, welche die Entwicklung von tragfähigen Geschäftsmodellen behindern, indem sie Ungewissheit bezüglich der Einnahmeströme zur Deckung von Projektkosten und -risiken schaffen. Gegenwärtig ist die gepumpte hydroelektrische Speicherung die am weitesten verbreitete Technologie, obwohl neuere Projekte zeigen, dass auch Batterietechnologien (z.B. Lithium-Ionen-Batterien) oder eine dezentrale

Speicherung („behind the meter“) Potentiale aufweisen. Um ein geeignetes Umfeld und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, sollte die Umsetzung des im Mai 2019 angenommenen Pakets „Clean Energy“ und der Abbau der identifizierten Speicherbarrieren Priorität haben. Die Studie empfiehlt dabei eine enge Zusammenarbeit der Kommission mit der Agentur der Energieregulierungsbehörden (ACER) und anderen EU-Behörden sowie eine effizientere Energiebesteuerung (z.B. durch Beseitigung der Doppelbesteuerung gespeicherter Energie und höhere Energie/-Treibhausgassteuern).

## KULTUR

### Rat: Videokonferenz

(AZ) Die MinisterInnen für Kultur und Medien [führten](#) am 19. Mai 2020 einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen von COVID-19 auf den Kultur- und Kreativsektor durch. Sie besprachen Möglichkeiten zur Wiederaufnahme kultureller Aktivitäten, ohne die Gesundheit der KünstlerInnen und des Publikums zu gefährden. Ein wichtiger Bestandteil ist das Programm Kreatives Europa, daher sollte bei der Durchführung und der Finanzierung nach 2020 ein Höchstmaß an Flexibilität erreicht werden. Die Minister schlugen vor, Maßnahmen zur Unterstützung des Kultur- und Kreativsektors in die EU-Wiederaufbauinitiativen aufzunehmen. Die Bedeutung der Digitalisierung und Entwicklung von Online-Plattformen wurde ebenfalls hervorgehoben. Die Minister betonten die entscheidende Rolle der Medien und der zuverlässigen Information sowie die Notwendigkeit, die Unterstützung des audiovisuellen Sektors sicherzustellen.

### Europäischer Literaturpreis an Matthias Nawrat

(AZ) Der deutsche Autor Matthias Nawrat [erhielt](#) den Europäischen Literaturpreis 2020 zusammen mit zwölf weiteren Schriftstellern. Der Literaturpreis der EU ist Teil des Programms Kreatives Europa und dient der Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa. Er wird jährlich an neue und aufstrebende Schriftsteller verliehen. Jeder Preisträger erhält 5.000 Euro.

## BILDUNG UND MEHRSPRACHIGKEIT

### Videokonferenz „Bildung“

(WB) Die EU-BildungsministerInnen haben am 18. Mai 2020 im Rahmen einer [Videokonferenz](#) die Auswirkungen der schrittweisen Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 auf

die Bildung erörtert. Sie haben einen Gedankenaustausch darüber geführt, welche Ansätze es dafür gibt, Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung wieder zu öffnen. Ferner haben sie über die Organisation von Schulabschlussprüfungen und die Zulassung zum Hochschulstudium beraten. Schließlich haben sie erörtert, wie sich die COVID-19-Maßnahmen auf die grenzüberschreitende Lernmobilität, einschließlich des Programms Erasmus+, auswirken und mit welchen Maßnahmen die Fortsetzung der laufenden und der geplanten Austauschprogramme erleichtert werden könnte.

### „Jugend“-Videokonferenz

(WB) Die [EU-JugendministerInnen](#) führten am 19. Mai 2020 einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs auf junge Menschen und Jugendorganisationen. Themen waren insbesondere die eingeschränkte Mobilität, die geringere Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen, der eingeschränkte Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten, die Notwendigkeit einer verstärkten Nutzung digitaler Instrumente sowie die Herausforderungen bei der Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps. Die Minister sprachen sich für mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Programme Erasmus+ und Europäischen Solidaritätskorps und für die Aufnahme jugendspezifischer Politiken in die Initiativen der EU zur Erholung nach der Pandemie aus.

### Länderspezifische Empfehlungen

(WB) Die EU-Kommission (KOM) hat am 20. Mai 2020 im Rahmen des Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten [veröffentlicht](#). Für den deutschen Bildungsbereich stellt die KOM fest, dass der plötzliche Übergang zu einer stärker digitalisierten Gesellschaft und die „Schule zu Hause“ v. a. für weniger privilegierte SchülerInnen bzw. Studierende, die keinen oder nur mangelhaften Zugang zu digitalen Lösungen haben, eine besondere Herausforderung darstelle. Es müsse insbesondere darauf geachtet werden, dass sie das im Lehrplan festgelegte Grundlagenwissen erwerben und die Monate der Unterbrechung nicht zu einem langfristigen Nachteil werden. Die ohnehin vorhandenen Unterschiede beim Grundlagenwissen, die mit sozioökonomischer Herkunft und Migrationshintergründen zusammenhängen, drohten sich zu verschärfen. Die Krise habe offenbart, wie wichtig die Weiterentwicklung des Bildungssystems für die Förderung einer intelligenten und inklusiven wirtschaftlichen Erholung und für die planmäßige Fortsetzung des ökologischen und digitalen Wandels sei.

### 22 Schulen ausgezeichnet

(WB) Passend zum Europatag am 9. Mai 2020 verlieh die EU-Kommission den Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die EU. Ausgezeichnet wurden 22 Sekundarschulen aus ganz Europa, die auf kreative Weise Wissen über die EU vermitteln. In Deutschland wurde das Ignaz-Taschner-Gymnasium in Dachau ausgezeichnet. Das Preisgeld beträgt jeweils 8.000 Euro und jeder Schule wird eine Trophäe verliehen. An dem am 6. November ausgerufenen EU-weiten Wettbewerb haben Schulen aus 24 Mitgliedstaaten teilgenommen. Bei dem [Wettbewerb](#) handelt es sich um ein vom EU-Parlament vorgeschlagenes Pilotprojekt, das von der EU-Kommission durchgeführt wird. Jan Amos Comenius (1592-1670) war ein tschechischer Philosoph, Pädagoge und Theologe, der als Vater der modernen Bildung gilt.

## FORSCHUNG, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE

### Europäischer Forschungsraum – Hauptstadttour digital fortgesetzt

(AZ) Um mit den Mitgliedstaaten (MS) und ihren Forschungsakteuren eine Debatte über eine neue Ausrichtung des Europäischen Forschungsraums (EFR oder ERA – European Research Area) zu führen, hatte die Europäische Kommission Ende letzten Jahres die sog. ERA 'Tour des Capitales' (Hauptstadttour) gestartet. Aufgrund der Covid-19-Situation wurde auch diese Initiative in den virtuellen Raum [verlegt](#).

Die Kommission führte entsprechend bilaterale Treffen mit den nationalen Behörden und den wichtigsten Interessengruppen durch. GD Jean-Eric Paquet, DDG Signe Ratso und die Direktorin Anna Panagopoulou führten abwechselnd den Vorsitz bei dem Treffen, an dem die MS auf der Ebene des Ministers/stv. Ministers oder des Direktors der Forschungsabteilung teilnahmen. Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Griechenland, Irland, Malta, Norwegen, Spanien und die Schweiz nahmen an diesen digitalen bilateralen Treffen mit der Kommission teil und ergänzten damit die beiden physischen Rundgänge, die bereits vor der Abriegelung in Italien und Österreich stattgefunden hatten.

Einige Schlüsselthemen, die während der Treffen diskutiert wurden, waren:

- Governance des EFR und Stärkung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten,
- Die Rolle der Forscher im EFR,
- Wie die Forschungsexzellenz gestärkt werden kann,
- Verknüpfung der ERA mit dem Europäischen Hochschulraum (EHEA),

- Sichtbarkeit der ERA und bürgerschaftliches Engagement.

Andere Länder, für die es nicht möglich war, solche Treffen zu organisieren, werden die Ergebnisse der Umfragen ihrer Interessenvertreter und ihre nationalen Positionen schriftlich übermitteln.

## Schnelldiagnostik zu COVID-19

(AZ) Wissenschaftler aus dem EU-geförderten Projekt „HG nCoV19-Test“ haben die Schnelldiagnostik für COVID-19 [entwickelt](#). Mit einem tragbaren Diagnosesystem können innerhalb von 30 Minuten genaue und zuverlässige Ergebnisse geliefert werden. Die irische Firma HiberGene, die das Projekt koordiniert, hat am 20. Mai 2020 bekannt gegeben, dass sie dafür die CE-Kennzeichnung erhalten hat, die erforderlich ist, um es auf den Markt zu bringen. Die Förderung für das Projekt beträgt insgesamt 930.000 Euro.

## Innovationen für Cybersicherheit und Datenschutz

(AZ) Im Rahmen von Horizont 2020, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, werden fast 41 Mio. Euro für die Unterstützung von 9 Projekten zur Entwicklung von innovativen Lösungen für Cybersicherheit und Datenschutz [bereitgestellt](#). Fünf dieser neuen Projekte sollen sich mit Cybersicherheits- und Datenschutzlösungen für Bürger und KMUs beschäftigen. Die anderen vier Projekte werden an der Verbesserung kritischer Sicherheitssysteme wie Gesundheitsinfrastrukturen und multimodale Verkehrssysteme arbeiten. Weitere 21 Projekte werden mit 7,6 Mio. Euro über die "Connecting Europe Facility" (CEF), das europäische Programm für Netze und Infrastrukturen, finanziert.

## AUSSCHREIBUNGEN

### Pilotprojekt für junges Online-Medienformat

(AZ) Die Europäische Kommission startet ein neues Pilotprojekt mit dem Titel „A European public sphere: a new online media offer for young Europeans“. Gesucht werden Konsortien von mindestens 5 Medien-Organisationen aus 5 EU-Mitgliedsstaaten, die täglichen Content zu aktuellen Themen für junge EuropäerInnen produzieren. Ziel des Projektes ist die bessere Verfügbarkeit von Online-Informationen in verschiedenen Sprachen zu europäischen Themen. Die Themen und Informationen sollen den jungen Menschen in der EU in ansprechenden Formaten und unter verschiedenen Gesichtspunkten präsentiert werden. Innovative, grenzüberschreitende redaktionelle Prozesse sind dabei ebenso wichtig wie ein Konzept, mit welchen Mitteln so viele junge BürgerInnen wie möglich er-

reicht werden können. Dafür kann mit eigenen Kanälen, Websites verschiedener Partner, Blogs und Social Media gearbeitet werden.

Für den Aufruf stehen 2,5 Mio. Euro bereit. Die Kommission rechnet damit, zwei Projektvorschläge auszuwählen, wobei jeweils bis zu 70 % der Kosten gefördert werden können. Das Vorhaben sollte Anfang 2021 beginnen bei einer Projektlaufzeit von bis zu 15 Monaten. Einreichschluss ist der 22. Juli 2020. Weitere Informationen finden Sie auf der Website des [Digital Single Market](#).

## Erforschung des Coronavirus

(AZ) Die EU-Kommission will weitere 122 Mio. Euro aus ihrem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 für die Erforschung des Coronavirus zur Verfügung stellen. Dazu hat sie eine neue Aufforderung zur Interessenbekundung [veröffentlicht](#). Vorschläge können bis zum 11. Juni 2020 eingereicht werden. Im Rahmen der aktuellen Aufforderung sollen auch die sozio-ökonomischen Folgen der Epidemie untersucht werden.

## IMPRESSUM

EU KOMP@KT ist ein vierzehntägiges Informationsschreiben der Vertretung des Freistaats Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

### Verantwortlich:

Christine Holeschovsky (CH)  
Leiterin der Vertretung, Grundsatzfragen  
christine.holeschovsky@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 42

### Mitarbeiter:

Wolfgang Borde (WB)  
Stellvertretender Leiter der Vertretung  
Zuständig für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Bildung, AdR  
wolfgang.borde@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 55

Martin Margraf (MM)

Zuständig für Wirtschaft, Beihilfen, Regionalpolitik  
martin.margraf@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 41

Annelie Zapfe (AZ)

Zuständig für Forschung, Technologie, Innovationspolitik, Kultur  
annelie.zapfe@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 64

Dr. Anja Zenker (AZe)

Zuständig für Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Verkehr  
anja.zenker@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 46

Yvonne Marx (YM)

Zuständig für Redaktion  
yvonne.marx@tsk.thueringen.de, Tel. 0361 57 321 62 60